

Das falsche Bild der Gewaltspirale

Zur Katastrophe von Gaza 2012

Die Bombenangriffe auf Gaza im November

Bei den Bombenangriffen der israelischen Regierung im November 2012 mit dem Namen „Operation Wolkensäule“ wurden 174 Palästinenser im Gaza-Streifen durch die IDF (israelische Armee) getötet darunter 34 Kinder, 11 Frauen und 19 ältere Leute. Die große Mehrheit waren Zivilisten. Auf israelischer Seite wurden sechs Menschen von Palästinensern getötet. Fast 1.400 Palästinenser wurden verletzt, darunter 465 Kinder und 254 Frauen -, ca. 3.000 obdachlos.

Die Tatsache, dass die IDF nach dem Waffenstillstand sechs weitere Palästinenser tötete und viele verletzte, zeigt, dass es ein gefährdeter Waffenstillstand ist. Anlass zur Besorgnis bietet zudem die in Israel häufig geäußerte Kritik am Waffenstillstand.



Ein Kind inmitten der Trümmer des zerstörten Hauses der Familie Al Dalu in Gaza Stadt. Zwölf Personen wurden hier am 18.11.2012 durch israelischen Luftangriff getötet darunter vier Kinder und vier Frauen. Foto: Ryan Rodrick Beiler

Israels "Recht auf Selbstverteidigung" - ein überragender Propagandasieg

Einer der überragenden Propagandasiege der israelischen Regierung besteht darin, dass große Teile der israelischen Öffentlichkeit wie auch die Mehrheit der westlichen Regierungen und Medien Israel als Opfer der Palästinenser akzeptiert haben. „Die Propaganda ist so wirksam, dass man nur die palästinensischen Raketen im Süden Israels und nun auch in Tel Aviv zu den Kampfhandlungen zählt. Die Raketen oder der Schaden, der dem Allerheiligsten – einem Militärjeep – zugefügt wird, wird jeweils als Auslöser angesehen,“ schreibt Amira Hass, eine israelische Journalistin.

Auch auf den deutschsprachigen Wikipedia-Seiten dominiert die offizielle israelische Darstellung beim Eintrag „Operation Wolkensäule“.

Wer hat angefangen?

Selten erwähnt wurde in den westlichen Medien, dass die IDF vor dem palästinensischen Angriff auf den Militärjeep am 5. November den 23 Jahre alten Ahmad Nabhani im Gaza-Streifen tötete und am 6. November den 13 Jahre alten Ahmad Abu Dagga. Und nach dem Angriff auf den Jeep am 10. November tötete die IDF weitere vier Zivilpersonen im Alter von 16–19 Jahren.

332 Tote Palästinenser in „Friedenzeiten“

Wichtig ist auch, dass nach den massiven Bombenangriffen auf Gaza zum Jahreswechsel 2008/2009, bei denen 1.397 Palästinenser ihr Leben verloren, insgesamt weitere 332 Palästinenser von der IDF oder einzelnen Israelis getötet wurden. Dies fand in den Medien kaum Beachtung. Im gleichen Zeitraum wurden 26 Israelis von Palästinensern getötet.

Warum hat die israelische Regierung Gaza bombardiert?

- **Israels Ministerpräsident Netanyahu führte mit der Militäraktion Wahlkampf!** Diesen Verdacht hegen internationale, palästinensische und israelische Friedensaktivisten wie Gershon Baskin, Uri Avnery sowie die israelische liberale Zeitung „Haaretz“. Da müssen die Feindbilder passen und da kann es nicht sein, dass Verhandlungen mit dem Erzfeind Hamas in greifbare Nähe rücken. Auch die Bombardierung Gazas vor vier Jahren sollte dem Wahlkampf dienen. „In Wahlzeiten ist es in Israel populär, Palästinenser zu töten,“ sagt Chas Freeman, hochrangiger ehemaliger US-Diplomat. Nach einer Umfrage sehen 84 % der jüdischen Israelis die Bombenangriffe auf Gaza als gerechtfertigt an. Ein wesentlicher Grund dafür ist die rassistische und militarisierte Erziehung in Schule und Universität.
- **Die gezielte Tötung von Ahmed al-Dschabari, dem Militärführer der Hamas,** am 14. November kann nur als geplante Eskalation der israelischen Regierung interpretiert werden. Denn dieser hatte mit dem israelischen Friedensaktivisten G. Baskin, dem Vermittler der Freilassung des israelischen Soldaten Gilat Shalit im Austausch für die Freilassung von palästinensischen Gefangenen, ein Abkommen vorgeschlagen, wodurch sowohl Gewalt gegen Gaza wie auch der Abschuss von Kassamraketen auf Israel langfristig beendet würde.
- **Gaza ist Test- und Trainingsgebiet für israelische Waffen und für die IDF.** Generalmajor Yoav Galant

bezeichnet Gaza als eine „ideale Trainingszone“. Dies hat den Aufstieg Israels zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt mit begünstigt. Es stellt sich außerdem die Frage, ob auch die dreiwöchige amerikanisch-israelische Militärübung namens „Austere Challenge 2012“ in diesem Zusammenhang zu sehen ist. Bei diesem bisher größten gemeinsamen Manöver ging es um das Zusammenwirken der Streitkräfte beider Länder bei der Abwehr von Raketenangriffen auf Israel. Die „Operation Wolkensäule“ bildete praktisch den Abschluss dieser Militärübung. Und die in diesem Zusammenhang auf Israel abgeschossenen Kassamraketen bildeten den ersten Praxistest des neuen israelischen Luftabwehrsystems „Iron Dome“.

- Der israelische Innenminister Eli Yishai forderte, „Infrastruktur, öffentliche Gebäude und Regierungsgebäude“ müssten zerstört werden. Ziel der Operation sei, „Gaza ins Mittelalter zurückzuschicken“. Der Minister Israel Katz rief auf, Gaza so schwer zu bombardieren, „dass die gesamte Bevölkerung nach Ägypten flieht“.

Vertreibung und Entrechtung der Palästinenser seit Gründung des Staats Israel

Häufig wird nicht zur Kenntnis genommen, dass israelische Regierungen seit 1948 eine systematische Politik der Vertreibung, Enteignung, Erschießung, Inhaftierung und sonstigen Entrechtung von Palästinensern betreiben. Die folgenden Fakten sind eher selten in westlichen Mainstream-Medien zu lesen:

- **Seit 1967 haben israelische Regierungen nach UN-Schätzungen 700.000 Palästinenser verhaftet.** Das ist ein Fünftel der Gesamtbevölkerung in den besetzten Gebieten. Zurzeit sind **4.500 Palästinenser aus politischen Gründen in israelischer Haft** – darunter 164 Kinder ab 12 Jahren (davon 21 unter 16 Jahren). **Gefoltert werden auch Kinder.**
- Nach der Aufwertung Palästinas zum Beobachterstaat bei der UNO hat das israelische Kabinett die folgende Resolution beschlossen: „Das jüdische Volk hat ein natürliches, historisches und juristisches Recht auf seine Heimstatt und dessen ewige Hauptstadt Jerusalem als den Staat des jüdischen Volkes und ein Anrecht auf Gebiete im Land Israel, deren Status umstritten ist.“ Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, dass die israelische Regierung keinen Frieden mit den Palästinensern möchte, sondern **Landraub und Vertreibung in Ostjerusalem und in der Westbank** fortsetzen will. Dies demonstriert sie auch praktisch durch den **Bau neuer Siedlungskolonien für 3.000 Wohnungen in Ostjerusalem sowie im besonders heiklen Gebiet E1 in der Westbank** – auf der Verbindungslinie zwischen

Jerusalem und Jericho. Dadurch wird die Westbank in zwei Teile zerschnitten und ein zusammenhängendes Gebiet zur Gründung eines palästinensischen Staates endgültig verhindert – sofern die Siedlungen nicht geräumt werden.

- **Die Blockade des Gaza-Streifens:** Im Gaza-Streifen leben 1,7 Millionen Palästinenser. Zwei Drittel von ihnen sind Flüchtlinge, deren Vorfahren in den Jahren 1947/48 von zionistischen Milizen aus dem damaligen Palästina vertrieben wurden. Das Gebiet umfasst nur 360 km² und ist damit kleiner als das Bundesland Bremen. Die israelische Regierung hat eine Blockade errichtet, indem es den Gaza-Streifen mit Stacheldraht und Mauern umzäunt hat und entscheidet, was und wie viel die Menschen ex- und importieren dürfen und wer ein- und ausreisen darf. Die Menschen leben wie in einem Frei-luftgefängnis und leiden an einem gravierenden Mangel an Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten, Strom und allem Notwendigen. Ein Bericht der UNRWA warnt davor, dass Gaza im Jahr 2020 für Menschen kein erträglicher Ort mehr zum Leben sein werde, wenn es keine schnellen Hilfsaktionen geben würde.

Befand sich Israel im Kriegszustand mit Gaza?

Nach Aussage von Richard Falk, dem UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte in Palästina, besitzt die Behauptung der israelischen Regierung, dass sie sich im Kriegszustand mit der Hamas befände, keinerlei rechtliche Grundlage, da es sich um eine Besatzungsmacht handelt. Vom Standpunkt des internationalen Rechts beendete der vorgebliche Abzug aus Gaza nicht Israels Verantwortung als Besatzungsmacht unter der Genfer Konvention und sein Masterplan zur Unterwerfung der gesamten Bevölkerung Gazas unter strenge Formen kollektiver Bestrafung läuft somit auf ein fortgesetztes Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinaus und stellt darüber hinaus eine flagrante Verletzung von Artikel 33 des 4. Zusatzprotokolls der Genfer Konvention dar.“

Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser

Wie bereits erläutert, war der palästinensische Angriff auf den israelischen Militärjeep nicht die erste Kampfhandlung. Unabhängig davon kann sich ein Staat, der fremdes Gebiet seit Jahrzehnten völkerrechtswidrig besetzt und die Menschen unterdrückt, nicht auf Selbstverteidigung berufen, wenn er deswegen Widerstand erfährt. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass selten vom Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser gesprochen wird, obwohl gerade die Palästinenser gegenüber Israel gemäß Völkerrecht ein Selbstverteidigungsrecht haben – selbstverständlich kein Recht Zivilisten anzugreifen.

Das Recht auf Widerstand gegen Fremdherrschaft findet sich in vielen Resolutionen der UN-Generalversammlung.

Trotz der völkerrechtlichen Legitimität des bewaffneten Kampfes gegen Unterdrückung war und ist der größte Teil des palästinensischen Widerstands gewaltfrei. Darüber wird in westlichen Medien jedoch selten berichtet.

Kampfhandlungen gegenüber Zivilisten

Kampfhandlungen gegenüber Zivilisten verstoßen gegen das Völkerrecht – dies gilt in gleicher Weise für Staaten wie für Befreiungsbewegungen und andere politische Gruppen. Es handelt sich um Terrorismus. So definiert z. B. der israelische Premierminister Netanjahu Terrorismus als „den absichtlichen und systematischen Angriff gegen Zivilisten, um für politische Zwecke Furcht einzuflößen“. Nach dieser Definition verüben die Hamas wie auch andere Gruppen in Gaza gelegentliche terroristische Handlungen. Israel betreibt Staatsterrorismus – sowohl in Gaza als auch in der Westbank.

Die IDF hat vor kurzem erneut bestätigt, dass die Soldaten scharfe Munition gegen Palästinenser verwenden dürfen, wenn sie dies als angemessen ansehen. Auch in der Vergangenheit ist es fast nie zu einer Anklageerhebung gegen einen Soldaten diesbezüglich gekommen; es herrscht praktisch Straflosigkeit. Das gleiche gilt auch für den Terrorismus von jüdischen Siedlern gegenüber Palästinensern, der weitgehend vom Staat geduldet wird. Was die Soldaten in der Westbank anbelangt, so fordern Innenminister Elie Yishai und der Vorsitzende der Kadima-Partei, Shaul Mofaz, sogar noch schärfere Bestimmungen und maximale Gewalt gegenüber Palästinensern.

Das falsche Bild von der Gewaltspirale

Es ist völlig falsch, wenn – wie häufig in den Medien – von einer Gewaltspirale im Nahen Osten gesprochen wird.

Die Ursache jeglicher Gewalt in der Region liegt in der völkerrechtswidrigen Besetzung Palästinas.

Dies sagt auch Michel Sabbah, der emeritierte römisch-katholische Patriarch von Jerusalem, und verurteilt die Heuchelei der Weltgemeinschaft im Gaza-Konflikt. „Solange die Grundfrage im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht gelöst ist, sind all die Schreie, die immer dann ausgestoßen werden, wenn die Temperatur in Gaza oder andernorts steigt, reine Heuchelei“, sagte Sabbah der katholischen Zeitung "Die Tagespost". "Eine Heuchelei, der wir überdrüssig sind." Grundfrage des Konflikts sei die Dauer der israelischen Besetzung. Es gebe genug UN-Resolutionen, um den Konflikt zu lösen, aber niemand wage es, sie umzusetzen.

Lösung des Nahostkonflikts

Der Konflikt kann gelöst werden, wenn die israelische Regierung die UN-Resolutionen umsetzt und insbesondere die Besetzung von Westbank, Ostjerusalem und Gaza beendet. Da sie sich zurzeit offensichtlich nicht aus freien Stücken zu diesem Schritt entschließt, ist die Weltgemeinschaft, allen voran USA und Europa – insbesondere auch Deutschland – in der Pflicht. Sie sollte entsprechenden Druck auf die israelische Regierung ausüben. Dies wird von palästinensischen und israelischen Friedensaktivisten gefordert. Möglichkeiten Druck auszuüben gibt es genug - insbesondere Beendigung der Waffenlieferungen und der ökonomischen Unterstützung.

Unsere Forderung

Wir fordern die deutsche Politik auf, alle Waffenlieferungen einzustellen und Druck auf die israelische Regierung auszuüben, Völkerrecht und Menschenrechte einzuhalten und die Besetzung zu beenden.

Informationen

- <http://www.deam-team.de> (dort auch Quellen zu diesem Text)
- <http://palaestina-portal.eu>

Ansprechpartner

- Attac-AG für Demokratie im arabischen und Mittelmeerraum (DeAM) – www.deam-team.de
- Islamisches Zentrum Bielefeld (IZB) – www.islambielefeld.de

